

Resolution* des Kreistages Anhalt-Bitterfeld zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung kommunaler Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt

„Ein Lichtblick am Ende des Tunnels. Nunmehr heißt es, das Licht zu erreichen.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff
sehr geehrte Frau Ministerin Petra Grimm-Benne,
sehr geehrter Herr Minister Michael Richter,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

am 28. Januar 2020 haben Sie den Trägern kommunaler Krankenhäuser im Rahmen einer offiziellen Beratung in Ihrem Hause Hoffnung gemacht, dass sich die Situation der kommunalen Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt alsbald verbessern wird.

Ein vierjähriges Landeskreditprogramm in Höhe von 700.000.000 Euro, sowie der Ansatz auch die Liquidität der kommunalen Krankenhäuser kurzfristig zu unterstützen, sind zielgerichtete und notwendige Maßnahmen.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser hat sich nicht über Nacht, sondern über einen längeren Zeitraum zusehends verschlechtert. Hauptursache dafür ist, dass das Land Sachsen-Anhalt seiner gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung gemäß § 4 Krankenhausgesetz (duale Finanzierung) über einen längeren Zeitraum nicht nachgekommen ist. Die Höhe der ausgereichten Mittel war nicht auskömmlich und zuletzt nicht einmal angemessen.

Der Bedarf der notwendigen Investitionsmittel, welcher mittels des Gutachtens des InEK (Projekt des Bundes: Entwicklung von Investitionsbewertungsrelationen 2011-2017) sowie durch die Gutachten der Krankenhausgesellschaft unseres Landes ermittelt wurde, ist exorbitant. Das letzte Gutachten weist insgesamt unvorstellbare 1,5 Milliarden Euro Investitionsbedarf aller Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt (ohne die Uniklinika) aus. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere den großen kommunalen Einrichtungen, welche nahezu die Hälfte der Leistungen der stationären Gesundheitsversorgung im Land Sachsen-Anhalt erbringen, auch die größten Summen fehlen.

Diese, über Jahre hinweg ausgebliebene Seite der dualen Finanzierung konnte dauerhaft weder über Kreditaufnahmen der Krankenhäuser, noch Haustarifverträge zu Lasten der Beschäftigten oder kommunale Zuschüsse aufgewogen werden.

Wir appellieren aus- und nachdrücklich an Sie und die Landesregierung: Werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist gefährdet. Kommen Sie dem verantwortungsvollen Umgang mit den Krankenhäusern und ihren Mitarbeitern und der gesetzlichen Pflicht zu Krankenhausinvestitionsfinanzierung nach.

Bitte retten Sie Ihre - unsere Krankenhäuser, denn sie bilden das Rückgrat der stationären und zunehmenden ambulanten Versorgung.

Eine regional gut erreichbare, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Patientensicherheit sowie Qualitätssicherung in der Pflege, welche die kommunalen Krankenhäuser bieten, sind neben der Daseinsfürsorge auch wesentliche Standortvorteile bei Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen und bei der Akquise von Fachkräften in unserem Land.

Wenden Sie wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schaden von unserem Land ab.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Rainer Haseloff
sehr geehrte Frau Ministerin Petra Grimm-Benne,
sehr geehrter Herr Minister Michael Richter,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

bitte setzen Sie all Ihre politische Kraft dafür ein und initiieren Sie das 700 Millionen Euro Programm zur Rettung unserer Krankenhäuser. Wie empfehlen und regen an, die Mittel als Pauschalförderung nach dem bisherigen Schlüssel (gemäß § 9 Abs. 3 Krankenhausgesetz) auszureichen. Somit wird das Verfahren beschleunigt und die Kliniken können notwendige Investitionen kurzfristig umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen